

TELEPOLIS

Aufstieg und Fall der schweizerischen Banken

Artur P. Schmidt 26.12.2008

Unter Bankstern - Teil 3

Teil 2:  Die Banken und das liebe Geld



Wechselstuben und Wechsler im 15. Jahrhundert

Die aufstrebenden Städte des Spätmittelalters brachten auch das Bankwesen in der Schweiz zum Erlblühen. Einige Städte richteten amtliche Wechselstuben (Luzern 1383, Zürich 1419) ein, andere ernannten amtliche Wechsler (Goldschmiede, Münzmeister), die den Umlauf des Geldes kontrollierten, die Währungen wechselten und Kredite vergaben. Eine wachsende Verflechtung zwischen den Städten in der Schweiz und in benachbarten Regionen forcierte das wechselseitige Geschäft mit Darlehen und Anleihen. Der zunehmende Wohlstand erwies sich als die treibende Kraft für den strukturellen Wandel beim Bodenkredit.

Die "ewige", grundpfandgesicherte Rente näherte sich einem langfristigen Darlehen an. Damit reduzierten sich die hohen Zinsen von 30 bis 40 Prozent der kurz- und mittelfristigen Kredite bei Juden und Lombarden und näherten sich den tieferen Zinssätzen von damals etwa acht Prozent der langfristigen Hypothekendarlehen an. Den internationalen Zahlungsverkehr führten vor allem italienische Privatbankiers aus Florenz oder Lucca durch, insbesondere über die Messestadt Genf, die von 1420 bis 1464 eine Blütezeit erlebte. Das Bankhaus Medici unterhielt von 1431 bis 1438 eine Niederlassung in Basel.

Der Basler Stadtwechsel

Basel avancierte im 16. Jahrhundert zum Zentrum der Schweizer Finanzwelt. Die schon im 13. Jahrhundert in Schriften als Banken- und Finanzplatz erwähnte Schweiz profitierte als Wirtschaftsstandort von ihrer Lage an den wichtigsten Handelswegen Mitteleuropas. Die amtliche Wechselstube von Basel, der so genannte Stadtwechsel, entwickelte sich 1504 zur Staatsbank und damit zur bedeutendsten Bank der Schweiz im 16. und 17. Jahrhundert. Sie wechselte Geld, setzte neues Geld in Umlauf, vergab Darlehen und Kredite, tätigte Überweisungen und verwaltete Vermögen. Außerdem agierte die Staatsbank auch staatsübergreifend und vergab Anleihen weit über die Grenzen hinaus. So emittierte sie bis ins 17. Jahrhundert hinein Anleihen für zahlreiche Städte, den niederen Landadel, die Markgrafen von Baden, die Herzöge von Savoyen sowie die französischen Könige.

Die Geschäftsform entsprach der einer einfachen Kommanditgesellschaft mit Kapitalbeteiligung der Wechsler und Obrigkeit sowie einer alljährlichen paritätischen Gewinnausschüttung. Als Staatsbank besaß die Bank das Monopol, neues Geld in Umlauf zu setzen, schlechte Münzen zum Einschmelzen aus dem Verkehr zu ziehen sowie Gold- und Silberbarren zu kaufen und zu verkaufen, was ihr damals schon den Status einer heutigen Zentralbank verlieh. Die anfänglich gegen Pfand gewährten Kredite wurden ab 1533 auch gegen Bürgschaften, Obligationen, Hypotheken und

Wechsel als Sicherheiten vergeben. Die blühende Basler Staatsbank erzielte damals hohe Gewinne, die bis zu 12 Prozent des regulären Staatshaushalts ausmachten.

Erste Privatbanken im 17. und 18. Jahrhundert

Anders als in den großen Königreichen, in denen die zunehmende Staatsverschuldung das Wachstum der Bankenbranche förderte, entwickelten sich in der Schweiz Privatbanken. Die Bankiers unterhielten zu den wichtigsten europäischen Städten intensive Beziehungen und hatten sogar Zugang zu ausländischen Regierungen. Mit ihrer Anbindung an den internationalen Zahlungsverkehr konnten sie sogar Staatsobligationen im europäischen Ausland platzieren. Als so genannte Merchant Bankers standen sie mit ihren ausländischen Geschäftspartnern in stetem Verrechnungsverkehr. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren etwa 40 Schweizer Privatbankiers in Frankreich tätig, unter anderem Jean-Frédéric Perregaux, Mitbegründer und erster Präsident der im Jahre 1800 gegründeten Banque de France.

Schweizer Bankiers gehörten im 18. Jahrhundert zu den wichtigsten europäischen Kapitalexporthen. Die Staatsbanken hingegen verloren in der Schweiz zunehmend an Bedeutung und mussten sich mit dem lokalen Kleinkreditgeschäft, vor allem Pfandkrediten, begnügen. In Zürich kam es 1755 auf Initiative von Privatbankiers zur Gründung der zunächst staatlichen Bank Leu, der die Aufgabe zukam, die Kaufkraft aufzufangen, die damals als zu stark und inflationär erachtet wurde. Ihren Namen erhielt die als Instrument des Kapitalexports eingerichtete Bank nach dem Präsidenten der „Zinskommission“, Johann Jacob Leu.

Die Berner Bankenkrise von 1720

Im Gegensatz zu vielen europäischen Staaten präsentierten die meisten eidgenössischen Städte und Kantone seit der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts immer häufiger positive Rechnungsabschlüsse. Wurden die Überschüsse zunächst überwiegend thesauriert, begann Bern in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts mit der planmäßigen Bewirtschaftung dieser Gelder. 1710 wurden die ersten großen Auslandsinvestitionen in England und den Niederlanden getätigt, wobei die Besorgung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland dem Bankhaus Malacrida & Cie oblag. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurde Bern zu einem der größten Gläubiger Europas.

Im Rausch nach mehr Geld erfolgte mit Berner Staatsgeldern über die Bank Samuel Müller & Cie. in London der Kauf von Aktien der South Sea Company in London für 150.000 Pfund Sterling. Trotz zwischenzeitlicher Gewinne im Zuge der folgenden Spekulationswelle mussten sowohl das Bankhaus Malacrida & Cie als auch die Bank Samuel Müller & Cie Konkurs anmelden. Bei Malacrida & Cie belief sich der Verlust auf 456.000 Taler, was bedeutet, dass die Gläubiger auf fast auf die Hälfte ihrer Forderungen verzichten mussten. Die langwierigen und schwerwiegenden Folgen des Bankzusammenbruchs machten deutlich, dass Bern damals über kein taugliches Konkursrecht verfügte. Zum Glück wirkten sich diese wirtschaftlichen Folgen des Bankrotts nicht auf weite Teile der Schweiz aus, sondern beschränkten sich fast ausschließlich auf die Bevölkerung von Bern.

Das Bankensystem im Gründerjahrhundert

Bereits Ende des 18. Jahrhunderts kamen in der Schweiz Spar- und Leihkassen auf. Anders als die international ausgerichteten Privatbankiers sprachen Sparkassen die weniger betuchten Schichten an. Das Angebot der Sparkassen richtete sich zunächst an städtische Unterschichten. Sparen bedeutete damals weit mehr als die Anlage von überschüssigem Geld. Die Initiatoren verfolgten mit der Gründung von Sparkassen ein liberales Programm zur Lösung der „sozialen Frage“. Angesichts des rasanten Strukturwandels sollten die Bürger zur Selbstvorsorge und zum Zurücklegen eines Notgroschens motiviert werden. Die erste Sparkasse, die 1787 in Bern gegründete „Dienstenzinskasse“, kümmerte sich vornehmlich um die Einlagen von Hausangestellten. Zunächst entstanden Sparkassen in den Städten und nach den Napoleonischen Kriegen auch im ländlichen Bereich.

Die Depression der 1840er Jahre stoppte diesen Boom. Waren die aufsteigenden Unternehmer zunächst bei der Selbstfinanzierung geblieben, so benötigten die Unternehmer ab 1820 infolge der Mechanisierung der Spinnereien immer mehr Kapital. Die Zunahme des internationalen Handels forcierte damals die Nachfrage nach Geschäftskrediten, was in den Kantonen zur Gründung von zentralen Diskontbanken führte. Damit waren die ersten Kantonalbanken geboren, zuerst 1834 in Bern, 1837 dann in Zürich und St. Gallen, 1844 in Basel sowie 1845 im Kanton Waadt. 1852 besaß im Kanton Zürich eine von sechs Personen ein Sparkonto, im Stadtkanton Basel war es eine von drei Personen, was damals ein Rekordwert war. Das Münzwesen der Alten Eidgenossenschaft war von einem Wirrwarr unterschiedlichster Münzen geprägt. Im Laufe der Zeit kamen immer mehr qualitativ schlechte Münzen in Umlauf, was der englische Finanzier Thomas Gresham so formulierte: „Schlechtes Geld verdrängt gutes

Geld“. Abhilfe schuf die Münzreform der Jahre 1850 bis 1851, bei der auf dem ganzen Staatsgebiet eine einheitliche Silberwährung, der an Frankreich orientierte Franken, eingeführt wurde.

Zur Mitte des 19. Jahrhunderts teilte sich der schweizerische Finanzsektor in die zwei wesentlichen Gruppen der Privatbankiers und der dezentral organisierten Sparkassen auf. Was noch fehlte, war ein Markt für kurzfristige Kredite und Investitionsmittel für nationale Großprojekte. Dies änderte sich mit der Bundesstaatsgründung der Schweiz und der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommenden Industrialisierungswelle in Verbindung mit dem wachsenden Eisenbahnbau. Letzterer umfasste ein riesiges Infrastrukturprojekt, dessen Investitionssumme sich in den 1850er Jahren auf jährlich 40 bis 50 Millionen Franken beliefen. Eine neue Unternehmensform stellten die so genannten Crédit-Mobilier-Banken dar, die als Aktiengesellschaften ein breites Spektrum an Bankgeschäften übernahmen und deshalb auch Universalbanken genannt wurden.

Der damit verbundene Kapitalbedarf führte zum Aufkommen von Großbanken, wodurch das Schweizer Bankensystem seine moderne Form erhielt. Anstatt selbst das ganze Risiko der Industriefinanzierung zu tragen, luden die Banken dieses auf die Aktionäre ab. Die Aktienbank Crédit Mobilier in Frankreich diente als Vorbild für die neu gegründeten Geschäftsbanken. Als Erste wurde in Genf 1853 die Banque Générale Suisse gegründet, die jedoch bereits 1869 liquidiert wurde. 1856 folgte die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) in Zürich, 1862 die Bank in Winterthur, die 1912 mit der Toggenburger Bank zur Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) fusionierte, und 1869 die Schweizerische Volksbank (SVB) in Bern sowie 1872 der Basler Bankverein, der nach mehreren Fusionen 1898 zum Schweizerischer Bankverein (SBV) wurde, um nur einige zu nennen.

Damit waren die wichtigsten Banken der Schweiz geschaffen, denen im 1. Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit die Rolle zukam, die Schweiz zu einem internationalen Umschlagplatz für Kapital werden zu lassen. Die SKA war damals die bekannteste Bank zur Finanzierung des Eisenbahnbaus. Sie wurde vom Zürcher Wirtschaftsmagnaten Alfred Escher (1819-1882) gegründet, wobei ihre Aktien bei Ausgabe um etwa das 70fache überzeichnet waren. In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts kam es aufgrund des Industrialisierungsbooms zu einer zweiten Gründungswelle bei den Kantonalbanken, mit dem Ziel, den Kapitalmarkt von der Bevormundung durch das Großkapital zu befreien.

Der Genossenschaftssozialist Karl Bürkli (1823-1901) hatte damals in Schriften wie „Volksbanken gegen Herrenbanken“ oder „Demokratische Bankreform“ gegen die Machtkonzentration der damaligen Geldaristokratie polemisiert. Dies führte 1870 zur Gründung der Zürcher Kantonalbank, die sehr rasch zu einer der stärksten Banken in der Schweiz heranwuchs. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfügte jeder Kanton über „seine“ Kantonalbank. In den Jahren 1860 bis 1880 entstanden als Gegenpol zu den Großbanken auch zahlreiche lokale Kreditinstitute, die speziell auf die Bedürfnisse des Handwerks und Mittelstandes ausgerichtet waren.

Die Ausweitung und Konsolidierung des Bankensystems verliefen parallel zum Siegeszug des Börsenwesens. Das starke Wachstum der Kapitalmärkte veranlasste das Bürgertum zum Bau beeindruckender Börsentempel. Mit dem Einsatz des Telegrafen und der Installierung von Telefonen ab 1900 wurden die Börsen zum Tummelplatz von Informationen, Gerüchten und den ebenfalls dazu gehörenden Spekulanten. Als 1891 die Verstaatlichung der Eisenbahnen an der Urne keine Zustimmung fand, stürzten die Bahn- und Bankaktien in den Keller. Die Kreditbank Winterthur ging sogar in Konkurs und die Aktien des Zürcher Bankvereins sanken um fast 70 Prozent. Als 1898 eine Mehrheit die Verstaatlichung der Eisenbahnen schließlich doch noch befürwortete, erhielten die Finanzmärkte einen enormen Impuls, da ein Markt für inländische Staatspapiere entstehen konnte. Der Rückkauf der Eisenbahnen 1898 von den Großbanken, den „Dampfmaschinen des Kredits“, kostete den Bund etwa 1,5 Milliarden Franken und strukturierte den Finanzplatz wesentlich um.

Die Formierung des schweizerischen Finanzplatzes und seines Bankensystems wurden damals nicht vom Markt bestimmt, sondern von einem intervenierenden Staat. Während des 19. Jahrhunderts hindurch bedienten Kantonal- und Privatbanken die Notenpresse und schufen sich damit eine lukrative Einnahmequelle. Die erste schweizerische Bank, die Papiergeld herausgab, war die Berner Depositencassa, die 1826 mit dem Drucken von Banknoten begann. Eine Banknote, der so genannte „Zeddel“, bildete als Zahlungsverprechen der Bank einen „Geldersatz“. Als nach der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland am 19. Juli 1870 der Bargeldumlauf in der Schweiz zusammenbrach, wurde als Notmaßnahme Staatspapiergeld in Form von verzinslichen Kassenscheinen durch einige Kantonalbanken herausgegeben, damit der Wirtschaftskreislauf aufrecht erhalten werden konnte. Schon damals zeigte sich die Notwendigkeit einer Zentralbank in Krisenzeiten.

Bad Boys

Der wirtschaftliche Aufschwung Europas vom 16. bis 19. Jahrhundert ist zu einem wesentlichen Teil auf die Sklaverei und die Ausbeutung Afrikas zurückzuführen. Über ihre Direktinvestitionen waren die Schweizer Banken

im 19. Jahrhundert mit kolonialen Unternehmungen verknüpft. Schweizer betrieben und unterstützten den Sklavenhandel, indem sie in der neuen Welt (Nordamerika, Antillen, Surinam, Brasilien) Plantagen samt Sklaven unterhielten, vom Handel mit Baumwolle, Indigo, Zucker, Kaffee, Tabak und Kakao profitierten, Tauschgüter für den Sklavenhandel wie Baumwollstoffe produzierten und über Kolonialgesellschaften in die Sklaverei investierten. Auch halfen viele Schweizer mit, die Sklaverei militärisch abzusichern. Schweizerische Soldaten, Offiziere oder ganze Truppeneinheiten beteiligten sich aktiv daran, Sklavenaufstände niederzuschlagen. Deshalb spricht der Historiker Roland Ruffieux auch von einem „verdeckten Kolonialismus“ schweizerischer Bankiers.

Ohne Bedenken legten die Banker auch Geld von Handelsleuten an, die ihr Vermögen mit dem Sklavenhandel verdienten. So besaßen viel reiche Schweizer Sklaven. Handelshäuser beteiligten sich an der Ausrüstung von Sklavenschiffen und sogar der Staat Bern beteiligte sich als Großaktionär an der South Sea Company, welche in Afrika Sklaven kaufte und diese nach Lateinamerika verschiffte, um sie an die dortigen Plantagenbesitzer zu verkaufen. Emmanuel Haller, ein Berner Bankier, betrieb Kolonialhandel im großen Stil, und die Zürcher Bank Rougement, Hottinger und Cie. beteiligte sich an den französischen Sklavereihäfen. Mitglieder der Basler Patrizierfamilie Faesch besaßen in Surinam Plantagen mit farbigen Sklaven. Auch der Basler Kaufmann Johann Jakob Hoffmann nahm in Curaçao in der Karibik am Handel mit Sklavinnen und Sklaven teil. Hinter den Fassaden des schweizerischen Bürgertums wurde von Unternehmern und Händlern ein reger Kolonialhandel betrieben, bei dem viele Banker ihre Finger im so genannten „Black Holocaust“, dem Sklavenhandel mit Afrikanern, im Spiel hatten. Die Schätzungen über die Zahl der Opfer des Sklavenhandels vom 15. bis zum 19. Jahrhundert liegen bei hundert Millionen Menschen. Damals betrug die durchschnittliche Lebenserwartung für einen schwarzen Sklaven auf einer Zuckerrohrplantage lediglich sieben Jahre.

Die intensiven Verbindungen schweizerischer Privatbankiers nach Frankreich hatten diese auch an das lukrative Geschäft mit dem Sklavenhandel heran geführt. So finanzierten damals die schweizerische Bank Thellusson, die Bank Mallet sowie die Banquiers Cottin und Banquet massiv die Sklavenhändler. Daneben waren viele schweizerische Banken auch über andere Wege mit dem Sklavenhandel verbunden. Zum Beispiel zeichneten die Berner Patrizierbank Marquard und die Zürcher Bank Leu Aktien der französischen "Compagnie des Indes", einer staatlich privilegierten Handelsgesellschaft, die unter anderem auch über ein Monopol im westafrikanischen Sklavenhandel verfügte. Darüber hinaus zeichneten viele schweizerische Banken auch Aktien von französischen Versicherungsgesellschaften, die damals die hohen Risiken der Sklavenhandelsfirmen absicherten.

Doch schweizerische Banken investierten nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern in den Sklavenhandel. Isaac Miville, ein Basler im Dienste der Schwedisch-Africanischen Compagnie, gründete bereits 1652 die Handelsburg für Sklavinnen und Sklaven „Cape Coast Castle“ (Goldküste, heute Ghana). Der Sklavenhandel vieler europäischer Nationen zeigt auf, dass ähnlich wie heute ein globales Welthandelssystem existierte. Insbesondere beim atlantischen Dreieckshandel mit Sklaven, aufgespannt durch die großen seefahrenden Nationen Spanien, Portugal, England, Frankreich und Holland, mischten schweizerische Bankiers kräftig mit, getreu dem Prinzip, dass man Geld dort anlegen muss, wo es etwas abwirft. Die Devise „Wohlstand durch Raub“ hat also eine lange Tradition in der Schweiz

Das 20. Jahrhundert

Vom Zeitpunkt an, als die Großbanken vom defizitären Geschäft der Eisenbahnen befreit wurden, fokussierten sich diese auf die Finanzierung von Branchen der „Zweiten Industriellen Revolution“: Chemie-Industrie, Maschinenbau, Stromerzeugung durch Wasserkraft und Elektrotechnik. Ab 1900 gab es auch in der Schweiz den Goldstandard, was eine große Stabilität in das weltweite Finanzsystem brachte. Eine einheitliche Institution zur Ausgabe von Banknoten entstand erst im Jahre 1907 durch die Gründung der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die damit älter ist als die amerikanische Zentralbank Federal Reserve. Durch die Gründung der SNB wurde eine Konzentrationswelle im Bankensektor ausgelöst, da mit der Einführung des Banknoten-Monopols viele regionale Notenbanken überflüssig wurden. So stieg die Geldmenge in der Schweiz zwischen Ende 1913 und Ende 1914 um rund 50 Prozent an, was eine beispiellose Preissteigerung auslöste.

Mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs war es mit der Währungssicherheit vorbei. Wegen des immensen Kapitalbedarfs lösten sich die meisten Regierungen, auch die schweizerische, von der Goldeinlösepflicht für Papiergeld, womit sie einen Freibrief für das Anwerfen der Notenpresse schufen, um die Rüstungsausgaben zu finanzieren. Von 1908 bis 1920 verringerte sich die Zahl der Banken von 458 auf 371.

Auch eine Reihe von Bankenzusammenbrüchen zwischen den Jahren 1910 und 1914 forcierte den Konzentrationsprozess im Bankgewerbe. Der Ökonom Ernst Wetter (1877-1963) sah den Hauptgrund des Bankensterbens in den unsoliden Geschäftspraktiken der Banken. In seiner 1918 veröffentlichten

Habilitationsschrift, in der er „Bankkrisen und Bankkatastrophen“ von lokalen und Mittelbanken untersuchte, wies Wetter überdies darauf hin, dass kleinere Bankinstitute mit der zunehmenden Industriefinanzierung finanziell und organisatorisch überfordert waren. Hauptgründe für das Bankendebakel waren für ihn unter anderem die zu große Aufnahme fremder Gelder, das Eingehen von zu großen Risiken sowie die Effektenspekulation. Hatten 1880 die Großbanken nur 40 Prozent Marktanteil, so stieg dieser bis 1913 bereits auf 65 Prozent. Unter den damals acht Großbanken waren schon die „großen Drei“: die SKA, der SBV und die SBG.

Während der kapitalintensiven Phase der Industrialisierung konnte bis zum Jahr 1914 ein leistungsstarkes Bankensystem geschaffen werden. Hierbei gelang es der schweizerischen Wirtschaftselite, ihre Kontrolle über die inländischen Investitionsprojekte zu behalten. Somit konnte unter Führung der Universalbanken ein nationaler Finanzplatz entstehen. Einen wesentlichen Faktor für den Aufstieg der schweizerischen Banken bildete der Kapitalimport durch die Vermögensverwaltung. Beim Schweizerischen Bankverein hatte bereits 1913 der Wert der Wertschriften die Bilanzsummen um das Dreifache überstiegen. Bereits im Jahr 1930 war die Summe der Wertschriftendepots der SKA und des SBV höher als die Bilanzsumme aller Großbanken zusammen. Bereits seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatten sich auch erste Auslandsbanken wie die „Banque de Paris et des Pays Bas“ und die Crédit Lyonnais in der Schweiz niedergelassen. In den 1920er Jahren folgten die Lloyds Bank, die Barclays Bank und die American Express Bank. Die meisten Niederlassungen ausländischer Banken wurden jedoch erst nach dem 2. Weltkrieg gegründet.

Von der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wurden vor allem die stark im Auslandsgeschäft involvierten Großbanken getroffen, deren Bilanzsummen sich bis 1935 halbierten. Sechs der acht schweizerischen Großbanken entwickelten sich zu Sanierungsfällen. Eine davon, die Schweizerische Diskontbank, musste 1934 liquidiert werden, was zu einer Kapitalherabsetzung bei den Großbanken, mit Ausnahme der SBV und SKA, führte. Die SBV, die in den 1920er Jahren zu rasch expandiert hatte, konnte nur mit Hilfe des Bundes gerettet werden. Glimpflich davon kamen die Kantonalbanken, die über eine Staatsgarantie verfügten.

Von 1929 bis 1935 stieg der Anteil der Kantonalbanken an der Bilanzsumme aller Banken von 36 auf 40 Prozent, während derjenige der Großbanken sich von 41 auf 21 Prozent verringerte. Die Bankenkrise führte nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa zu einer stärkeren Regulierung. Dass die Schweiz aus der Wirtschaftsdepression der 1930er Jahre herausfand, hatte ihren Grund vor allem in der Aufrüstung des Deutschen Reiches, zu dem intensive Wirtschaftsbeziehungen bestanden. Damit stabilisierte sich der Schweizer Franken und avancierte ab 1939 zur einzigen frei konvertiblen Währung mit einem festen Goldsockel. Während des 2. Weltkrieges gab es in der Schweiz den quasi einzig freien Goldmarkt. Damit konnte sich das Deutsche Reich unter Adolf Hitler mit dem Eintausch von Raubgold in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Schweizer Franken die notwendigen Devisen für die Kriegsführung sichern.

Die kriminellen Energien von schweizerischen Banken

Immer wieder wurden schweizerische Bankiers auch beim Versuch ertappt, Gesetze zu umgehen. Bei der so genannten Pariser Affäre wurden zwei Mitarbeiter der Basler Handelsbank im Oktober 1932 in Paris bei einem Treffen mit französischen Staatsbürgern verhaftet. Sie wollten ihnen bei der Umgehung der französischen Couponsteuer behilflich sein. Von den psychologischen Schäden dieses Falles konnte sich die Bank nicht mehr erholen und wurde schließlich 1945 als Folge der Zahlungsunfähigkeit vom Bankverein übernommen. Nach 1960 stieg die Schweiz zu einem der weltweit führenden Finanzplätze auf, wobei sich von 1947 bis 1971 die Bilanzsumme der Großbanken verachtachte. Die damals sehr engen Beziehungen zwischen den Banken und der Industrie zeigten sich auch an den Verflechtungen in den Verwaltungsräten: In den 1960er Jahren bestanden die Verwaltungsräte der SKA und des SBV zu je zwei Drittel aus Vertretern von Großunternehmen.

Während die Großbanken vor allem große Industrieunternehmen als Klientel betreuen, konzentrieren sich Kantonal-, Lokalbanken und Sparkassen in erster Linie auf Geschäfte mit kleineren und mittleren Unternehmen. Dass schweizerische Banken keine Skrupel haben, wenn es ums Geld geht, zeigte sich erneut im Jahr 1964, als das Pfund durch Währungsspekulationen unter Druck geriet. Der damalige britische Premierminister Harold Wilson wies den schweizerischen Banken die Verantwortung dafür zu und bezeichnete sie als die „Gnomen aus Zürich“.

Im April 1977 erschütterte der Chiasso-Skandal die Schweiz. Die Direktion der SKA-Filiale Chiasso hatte in krimineller Weise Kundengelder in Höhe von etwa 2,2 Milliarden Franken außerhalb der Bank bei liechtensteinischen Beteiligungsgesellschaften platziert. Als weiterer Skandal folgte die so genannte Pizza-Connection. Unter dem Deckmantel einer Pizzabäckerei in New York wurden zwischen 1982 und 1985 1,6 Milliarden US-Dollar aus dem Drogenhandel über Schweizer Banken gewaschen. Die angeklagten Schweizer Bankmitarbeiter wurden bestraft. Bei der so genannten Libanon-Connection im Jahr 1988 wuschen zwei libanesischen Devisenhändler der Zürcher Firma Shakarchi Trading ebenfalls Geld aus dem amerikanischen Drogengeschäft. Am

3. Oktober 1991 geriet die Spar- und Leihkasse Thun in den Strudel der Immobilienkrise. Verzweifelte Sparer, die um ihre Einlagen fürchteten, lösten einen Banken-Run in der angeblich so soliden Schweiz aus.

Die Bilder von Bankkunden, die vor den geschlossenen Schaltern der Spar- und Leihkasse Thun um ihre Einlagen bangten, gingen um die ganze Welt und schädeten dem Image der Schweiz erheblich. Von der Krise wurden auch diverse Kantonalbanken und die Schweizerische Volksbank erfasst, die schließlich von der SKA übernommen wurde. 1997/1998 entstand aus der SBV und der SBG durch eine Fusion, die faktisch eine Übernahme der SBG durch den SBV darstellte, die United Bank of Switzerland (UBS). Zusammen mit der Nachfolgerin der SKA, der Crédit Suisse (CS), teilt sie sich heute den Markt der privaten Großbanken. Als im Jahr 1998 der spekulative Hedgefonds „Long Term Capital Management“ in Schieflage geriet, verlor die im selben Jahr zusammen mit dem Bankverein fusionierte UBS durch ihre Beteiligung am LTCM 1,6 Milliarden CHF, was zum Rücktritt ihres Präsidenten Mathis Cabiallavetta führte.

Doch der Siegeszug des Bankwesens in der Schweiz setzte sich unvermindert fort. So stiegen die kumulierten Bilanzsummen der Banken von 26 Milliarden Franken im Jahr 1950 auf 2.124 Milliarden im Jahr 2000 und schließlich auf gut 5.000 Milliarden Franken im Jahr 2007 an. Damit bildet der Finanzsektor, der 14 Prozent des schweizerischen Bruttosozialproduktes erwirtschaftet, eine wichtige Stütze der schweizerischen Volkswirtschaft, insbesondere da knapp sechs Prozent aller Beschäftigten, konkret: fast 200.000 Menschen, in diesem Sektor arbeiten. So lässt sich ermesen, welchen Schaden das Missmanagement der UBS während der Finanzkrise 2007/2008 für den altherwürdigen Finanzplatz Schweiz bedeutet.

Die schweizerischen Banken und das schmutzige Geld

Die schweizerischen Gnomen haben ein besonderes Immunsystem entwickelt, wenn es darum geht, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten. Mit ihrer Neutralitätsdividende hat sie vieles ermöglicht, vor allem einen kollektiven Gedächtnisschwund, wenn es um die Gelder der Nazis und Juden geht, die in den schweizerischen Banktresoren gesammelt wurden. Es gilt heute als erwiesen, dass ohne schweizerische Hilfe bei der Devisenbeschaffung Deutschland bereits im Oktober 1944 besiegt gewesen wäre. Der von Jean Ziegler angeprangerte „Bankenbanditismus“ während des 2. Weltkriegs lässt sich nur durch die Gier und den Moralverlust der Akteure erklären. Zur Finanzierung des Krieges musste die Deutsche Reichsbank Gold in Milliardenhöhe an die schweizerische Nationalbank verkaufen, welches diese bereitwillig aufnahm. Deutschland benötigte diese Devisen dringend, um strategische Rohstoffe für die Kriegsführung einkaufen zu können.

Wer glaubt, dass die Schweiz während des Krieges ein neutrales Land war, der irrt gewaltig. Von 1940 bis 1945 war die schweizerische Wirtschaft ein Teil des großdeutschen Wirtschaftsraumes, wobei, wie es Jean Ziegler auf den Punkt bringt, die schweizerischen Banker die Hehler und Kreditgeber Hitlers waren. Der Waffenkonzern Bührer-Oerlikon lieferte noch im April 1945 Schnellfeuerkanonen an die deutsche Wehrmacht. Bei so viel Geschäftssinn kommt es nicht von ungefähr, dass Friedrich Dürrenmatt die Schweiz mit einem Mädchen verglich, welches im Bordell arbeitet, aber Jungfrau bleiben will.

Was während des Krieges begann, nämlich schmutziges Geld einzusammeln, setzte sich nach dem Krieg über Jahrzehnte fort, als die Gelder von Saddam Hussein, Noriega oder Marcos, um nur einige zu nennen, in der Schweiz verwaltet wurden. Mit einem weit gespannten Netzwerk von Firmen in Liechtenstein, Briefkastenfirmen in der Karibik und Tarngesellschaften in Luxemburg werden Milliarden an schmutzigem Geld nicht nur gewaschen, sondern permanent reinvestiert. Der schweizerische Rohstoff ist Geld, wobei es für verantwortungslose Banker völlig egal ist, woher es kommt, Hauptsache, es vermehrt sich möglichst schnell. Noch heute schlummern Milliarden von schmutzigen Geldern (Diktatoren gelder und Steuerflucht gelder) auf den Nummernkonten von Schweizer Banken.

Um die Herkunft von Geldern zu vertuschen, vernichteten schweizerische Großbanken wie die Schweizerische Bankgesellschaft (heute UBS) viele wichtige Dokumente, die ihre Komplizenschaft im Dritten Reich, insbesondere die Annektierung jüdischen Eigentums, belegt hätten. Der schweizerische Franken war während des gesamten 2. Weltkrieges die einzige Währung, die auf der ganzen Welt handelbar war. Die Goldwaschmaschine von Bern war für die internationalen Großbanken eine Art Gelddruckmaschine, speziell jedoch für die schweizerischen Banken, die auch das Gold der Juden, welches die Nazis diesen geraubt hatten, nicht zurückgeben wollten. Das Ghetto-Gold und das Gold aus den Konzentrationslagern, welches in die Keller und auf die Konten der schweizerischen Privatbanken gelangte, wurden von diesen faktisch konfisziert.

Hier stellt sich die Frage, ob die Schweiz deshalb so viele Juden an der Grenze abgewiesen hat, weil man ihre Vermögen ausplündern wollte? Der schweizerische Polizeihauptmann Paul Grüniger, der so viel Heuchelei nicht mehr ertrug und humanitäre Verantwortung übernahm, wurde im Frühling 1939 aus dem Amt gejagt, nachdem er 3.000 Juden illegal einreisen ließ. Auch das Gold vieler ehemaliger Nazigrößen, die ihr Geld in der Schweiz

versteckt hatten, ging nicht an die Siegermächte oder die Opfer. Nach dem Krieg kaufte sich die Schweiz mit einem Betrag von 250 Millionen Schweizer Franken von den Siegermächten frei, womit alle Ansprüche bezüglich der Goldtransaktionen der Nationalbank mit der Reichsbank abgeglichen waren. Ohne den dadurch eingestrichenen Kriegsgewinn hätte die Schweiz kaum zu einem der reichsten Länder der Welt aufsteigen können. Auch heute noch dürfte ein Großteil des eingelagerten Goldes der schweizerischen Nationalbank Nazi-Raubgold, auch Zahngold aus den Konzentrationslagern, sein.

Ein weiterer Tiefpunkt ist die Nazigold-Debatte Ende der 90er Jahre. Der Wachmann Christoph Meili fand 1997 im Schredderraum der Bankgesellschaft Akten, die er der israelischen Gemeinde zuspielte. Schweizerische Banken mussten sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, nachrichtlose Vermögen von Opfern des Holocaust den Eigentümern vorenthalten und sich daran bereichert zu haben. Im Jahr darauf treffen die Schweizer Banken mit den US-Sammelklägern einen Vergleich in der Höhe von 1,25 Mrd. USD.

Schalck-Golodkowskis Geschäfte mit der Schweiz

Vom Wert konspirativer Bankverbindungen im Westen schwärmte Alexander Schalck-Golodkowski schon in seiner Dissertation. Besonders angetan hatte es ihm hierbei die Schweiz, vor allem die Bank für Handel und Effekten (BHE) in Zürich. Der Schweizer Bankier Max Moser war eine zentrale Schaltstelle im weitverzweigten Netzwerk des Stasi-Obristen. Im Fürstentum Liechtenstein installierte er ein Sammelsurium von Briefkastenfirmen, die die Ausgangspunkte des Schalckschen Schattenreichs bildeten. Der Schweizer Bankier verwaltete auch Schalcks anonyme Nummernkonten mit Decknamen wie „Alexander“ oder „Sultan“ und managte für den Devisenpaten der DDR zinsträchtige Festgeldanlagen auf der Karibikinsel Bahamas. Vor allem aber betreute er für ihn die Vaduzer Geheimfirma „Mondessa“ und er hatte auch Vollmacht für Schalck-Konten bei der Westberliner Scheurmann-Bank. Für den Schweizer stellte die Liaison mit Schalck eine ganz normale Geschäftsverbindung dar, obwohl er eigentlich wissen musste, daß Schalcks Devisengeschäfte nach bundesdeutschem Recht illegal waren?

In typischer schweizerischer Fünferli- und Weggli-Manier (am liebsten hat man halt immer beides: das Geld behalten und trotzdem das Brötchen in der Tasche) antwortete dieser auf die Fragen der Ermittler: „Es ist nicht Aufgabe eines Schweizer Bürgers, sich um derartige Sachen zu kümmern.“ Diese Denkhaltung passt gut in die Geisteshaltung im Umgang mit dem Mammon. Die Schweiz hatte früher ein ausgeprägtes Söldnerwesen und war gegen Bezahlung bereit, ihr „Berufskillertum“ zu exportieren. Zwar sind viele Söldner aus Not in diesen „Beruf“ gerutscht, aber die Schweiz hätte mit gerechterer Verteilung der Güter wohl als Ganzes auf dieses fragwürdige Angebot verzichten können.

Das Schweizer Bankgeheimnis

Am 26. Oktober 1932 wurden der Direktor, der Vizedirektor sowie der Leiter der Pariser Filiale der Basler Handelsbank von der Polizei erwischt, als sie für Mitglieder der französischen Haute Volée Steuerhinterziehung begingen. Sie wurden festgenommen und mussten zwei Monate in Untersuchungshaft verbringen. Besonders brisant war, dass bei einer groß angelegten Durchsuchungsaktion den Polizeibeamten eine Kundenliste mit über 2.000 Namen in die Hände fiel, woraus hervorging, dass rund zwei Milliarden Francs (etwa 400 Millionen Schweizer Franken) am Fiskus vorbeigeschleust wurden.

Entgegen dem angeblichen Mythos, dass das Bankgeheimnis zum Schutz jüdischer Kontobesitzer geschaffen wurde, ist dessen Einführung eher auf die Immunisierung illegalen Verhaltens zurückzuführen. „Der Bankkunde hat ein Recht auf Schutz seiner ökonomischen Privatsphäre, die Bank hat somit die Pflicht, über alle Tatsachen, die ihre Kunden betreffen, Verschwiegenheit zu wahren.“ Diese Definition der schweizerischen Bankiervereinigung über das Bankgeheimnis aus dem Jahr 1934 ist der geheime Standortvorteil der Schweiz. Um ihre eigenen Schandtaten bei der verantwortungslosen Entgegennahme schmutziger Gelder zu relativieren, sprechen schweizerische Banker statt von Bankgeheimnis deshalb lieber von Bankkundengeheimnis, da angeblich nur der Kunde, nicht aber die Bank geschützt werde.

Das Problem: Bei der Suche nach den Besitzern von nachrichtlosen Vermögen wurde das Bankgeheimnis selten aufgehoben, obwohl immer neue Konten von ehemaligen Nazi-Opfern auftauchten. So kommt es nicht von ungefähr, dass im Jahr 1997 der damalige Vorsitzende der Jewish Agency, Abraham Burg, das mehrheitliche Verschwinden der Holocaust-Gelder als den „größten von Banken organisierten Raub der Geschichte“ nannte. Es hat den Anschein, als ob das schweizerische Bankgeheimnis nach dem Krieg nicht nur den Zweck hatte, Bankkunden zu schützen, sondern vor allem den Banken ermöglichte, sich gestohlenen Geld leichter einzuverleiben. Der Journalist Roger de Weck bringt es auf den Punkt:

- ▶ Im Mittelpunkt unserer bürgerlichen Ordnung steht der Schutz des Eigentums. Offenkundig war das Eigentum vieler Juden ein bisschen weniger schutzwürdig.

Umso schutzwürdiger war jedoch für schweizerische Banken das Eigentum von Steuersündern. Denen half man gerne ihr Vermögen in Offshore-Zentren zu verstecken. Der frühere Direktor der Bank Julius Bär auf den Cayman Islands, Rudolf Elmer, ließ im Frühjahr 2008 die Karibik erzittern. Er warf der Bank massive Beihilfe zur Steuerhinterziehung vor und veröffentlichte seine Vorwürfe auf der von Journalisten und Dissidenten gegründeten Enthüllungsseite Wikileaks.org. Laut eigenen Angaben wurde er von der Bank gezwungen, unethische und unmoralische Geschäfte zu tätigen. Diese betrieb in der Karibik ein ausgefeiltes System der "Schattenbuchhaltung", um Geld am Fiskus vorbeizuschleusen.

Der plötzliche Tod des Julius Bär-CEO Alex Widmer nach den Verwerfungen an den Finanzmärkten im Dezember 2008 und dem gleichzeitig verkündeten härteren Vorgehen der neuen US-Regierung unter Präsident Obama gegen Steueroasen wirft viele Fragen auf. Beging er Selbstmord, weil er das korrupte Geschäftsgebaren der schweizerischen Privatbanken nicht mehr ertragen konnte? Gibt es möglicherweise Finanzlöcher in der Bilanz von Julius Bär, die auf massive Schief lagen wie bei der UBS schließen lassen?

Das UBS-Debakel

Jeder Börsenhändler kann eigentlich nur ein bestimmtes Risiko eingehen. Bei der UBS gab es scheinbar keine Regeln zur Risikobegrenzung. Die Bilanz der Großbank offenbarte sich im Jahr 2007 als ein Fass ohne Boden, da sie mit Hunderten von Milliarden Franken an Kundengeldern spekulierte. Ihre hochriskanten Deals in den amerikanischen Hypothekenmarkt mit Verlusten von wahrscheinlich mehr als 100 Milliarden US-Dollar erinnern an den Einstieg von Enron in den Kauf von maroden Firmen. Als sich diese nicht gewinnbringend weiterverkaufen ließen und die Bewertungen immer tiefer gesetzt werden mussten, begann der Gigant zu straucheln. Am Ende stand der Konkurs eines der größten Energiekonzerne der Welt. So wie sich Anfang der 1990er Jahre die Sparkassen in den USA verzockten, hatte sich auch der schweizerische Bankgigant völlig übernommen. Aufbauend auf dem ehrgeizigen Ziel, die größte Investmentbank der Welt werden zu wollen, kaufte die UBS sowohl strukturierte Produkte als auch verbrieft Wohnbauhypotheken gierig in einem atemberaubenden Tempo auf. Getrieben vom kurzfristigen Gewinndenken des Shareholder Value wurde eine internationale Großbank, ein Aushängeschild der Schweiz, zu einem Beinahe-Konkursfall herabgewirtschaftet.

Bedenkt man heute, mit wie wenig Geld die UBS der schweizerischen Swissair AG während ihrer Probleme hätte helfen können, ist das Grounding der UBS die gerechte Strafe des Marktes für die überheblichen Bankmanager der Bahnhofstrasse. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn Marcel Ospel an dem Tag, an dem er unabkömmlich war, um die Swissair zu retten, die Hypotheken-Deals eingefädelt hätte, die jetzt die UBS gegroundet haben. Bei der UBS betrieb man einen stoischen Blindflug ohne jegliche Instrumente. Auch das einst profitable Vermögensverwaltungsgeschäft der Bank dürfte durch den massiven Vertrauensverlust in die Bank bald nur noch ein Schatten einstiger Tage sein.

Die erheblichen Mittelabflüsse beim UBS Wealth Management und stark fallende Aktienkurse haben das Portfolio der Großbank stark in Mitleidenschaft gezogen. Es waren nicht nur Kleinkunden, die ihre Gelder abzogen, sondern vor allem Großkunden mit Vermögen von über 20 Millionen Franken. Neben den Abschreibungen auf Schuldverschreibungen von amerikanischen Obligationen kommen offenbar noch Kreditkartenprobleme auf die Bank zu. Sollten jetzt auch noch Betrugsfälle im Rahmen zur Beihilfe der Steuerhinterziehung in den USA nachgewiesen werden, könnten hier Schadensersatzsummen auf die Bank in ebenfalls zweistelliger Milliardenhöhe zukommen. Die Raffgier der UBS-Manager, Gelder vorbei an der amerikanischen Steuerbehörde nach Liechtenstein zu transferieren, dürfte die Bank teuer zu stehen kommen.

Klagen wie die von der HSH Nordbank, welche die Rückerstattung von dreistelligen Millionenverlusten aus einem Immobilien-Portfolio fordert, machen klar, dass die Bank nur durch eine Milliardenunterstützung des Staates überleben konnte. Vielleicht hat man ja noch Größeres mit der Bank vor? Der heutige Verwaltungsratsvorsitzende Peter Kurer ist ein ehemaliger Direktor der Rothschilds Continuation Holding. Soll er die UBS als mundfertiges Häppchen auf Kosten der schweizerischen Steuerzahler für eine der Banken des Rothschild-Imperiums vorbereiten?

Wenn schweizerische Politiker behaupten, dass die Übernahme eines 60-Milliarden-Dollar-Ramschpakets von den UBS den Steuerzahler nichts kosten wird, so wird hier gerade ein neues Schweizer Märchen generiert. Ebenso lässt es sich in den Bereich der Fabeln einordnen, dass die Credit Suisse ohne Staatshilfe auskommen wird, wenn zunehmend die Gegenparteien ihrer Absicherungsgeschäfte pleite gehen.

Überlebt der Finanzplatz Schweiz?

Angeblich ist die Schweiz vor der internationalen Finanzkrise sicher. Das kommunizierten schweizerische Politiker im Herbst 2008. Was ist von derartigen Gesundbetungen und Wunderheilungen zu halten? Natürlich gar nichts, denn die UBS ist mit einer Eigenkapitalquote von 2,5 Prozent hoffnungslos unterkapitalisiert und wird ohne staatliche Hilfe oder neues Kapital aus Fernost kaum überleben können. Während Regierungschefs und Finanzminister rund um die Welt jetten und Krisengipfel abhalten, sind die Berner Politiker auf Tauchstation gegangen.

Die schweizerischen Großbanken werden jedoch die großen Verlierer der Vermögensumschichtung von Milliardären und Millionären sein, die ihr Geld lieber zu kleineren Vermögensverwaltungsfirmen, spezialisierten Family-Office-Managern oder zu Privat- oder Kantonalbanken tragen, als es bei den großen Geldvernichtern UBS oder CS zu lassen. Auf jeden Fall sollten Kunden sich darauf vorbereiten, dass die Großbanken den Kapitalschwund dadurch aufzufangen versuchen, dass sie Privatbanken übernehmen.

Das Geld wird künftig in die Finanzmetropolen fließen, die über hohe Cash-Reserven verfügen. Sie werden eher in Asien liegen, auch wenn der Nischenplayer Schweiz durchaus eine Überlebenschance hat. Sicherlich hat die UBS als eine der ersten Banken der Welt harte Milliardenabschreibungen durchgeführt und seine Eigenkapitaldecke zumindest vorläufig geflickt, jedoch dürften sich bei einer Fortsetzung der Krise die Konditionen, zu denen es Geld gibt, auch für die UBS verschärfen. Die Mittelzuflüsse, welche die CS von der UBS erhalten hat, dürften bald versiegen, wenn die Anleger erkennen, dass auch die CS nur mit Wasser gekocht hat und auch dort möglicherweise noch Zeitbomben ticken, von denen nicht einmal die dort angestellten Mitarbeiter die leiseste Ahnung haben. Beide Banken haben, gemessen an ihrer Kapitalausstattung, ein zu großes Rad gedreht und werden wohl kaum ohne weitere Einschnitte aus der Krise herauskommen.

Die großen Profiteure der Finanzkrise in der Schweiz sind die Kantonal-, Regional- und Raiffeisenkassen, die im Jahr 2008 (Stand: Oktober) einen Mittelzufluss von über 25 Milliarden Franken an neuen Kundengeldern verzeichnen konnten. Fest steht, dass durch die Fehlspekulationen der UBS der Finanzplatz Schweiz einen schweren Schaden genommen hat. Hätten sich die Großbanken in ihrer Gier zurückgehalten, könnte der Finanzplatz Schweiz einer der Hauptprofiteure der Krise sein. Jetzt wird er lediglich etwas besser davonkommen als andere. Gewinner sehen anders aus. Dies zeigt sich auch darin, dass ausgerechnet die marode Investmentbank Morgan Stanley, die im Oktober 2008 japanisches Kapital von neun Milliarden US-Dollar erhalten hat, bekannt gab, ihren Anteil an der Credit Suisse auf etwa sieben Prozent aufzustocken. Soll hier etwa die Krise von amerikanischer Seite dazu benutzt werden, die mit amerikanischen Steuergeldern aufgepeppelten Banken als Übernahmearmaturen internationaler Großbanken zu missbrauchen?

Scheinbar dämmerte diese Erkenntnis auch einigen schweizerischen Politikern, als sie Mitte Oktober 2008 Notfallmaßnahmen verabschiedete, durch die die UBS Problempapiere in Höhe von rund 62 Milliarden Franken an die Schweizerische Nationalbank (SNB) auslagern konnte und eine Finanzspritze von sechs Milliarden Franken erhielt. Besonders pikant an dieser Finanzspritze in Form einer Pflichtwandelanleihe ist, dass diese über die britische Steueroase Jersey ausgegeben wird. Dass Bundesgeld für die UBS über ein Steuerparadies fließt, zeigt den Sumpf auf, in dem sich mittlerweile auch die Politiker verstrickt haben. Mit derartigen Transaktionen verspielt die Schweiz den letzten Funken an Glaubwürdigkeit noch als ein seriöser Finanzplatz zu gelten.

Doch zumindest sind die UBS und vielleicht auch bald die CS durch derartige Bauertricks bald mit genügend Kapital ausgestattet, um im internationalen Spiel ohne Grenzen vielleicht doch noch eine der größten Banken der Welt zu zimmern.

Doch möglicherweise kommt alles ganz anders und dies ist nur die Spitze des Eisberges. Ist die Schweiz das nächste Island? Dies würde das Ende des Schweizer Finanzplatzes bedeuten. Die in der Schweiz befindlichen Bankeneinlagen (etwa 60 % aus dem Ausland) von etwa 4 Billionen Franken (inclusive Treuhandkonten) übersteigen das Bruttoinlandsprodukt um mehr als das Siebenfache. Deshalb sieht Richard Portes von der Londoner Business School und Präsident des Centre for Economic Policy Research neben Island auch die Schweiz als ein Sicherheitsrisiko für die internationalen Finanzmärkte an. Kurzfristige Verpflichtungen der Schweizer Gnomen haben ein Leverage von 13 gegenüber dem schweizerischen Bruttosozialprodukt. Wenn es zu einer ersten Pleitewelle kommt, wird sich zeigen, ob das Worst-Case-Szenario eintritt.

Zeitenwende

Über den faktischen Konkurs der UBS, der nur durch Staatshilfen verhindert werden konnte, wurde ausführlich in den chinesischen Medien berichtet. Die Botschaft für die Chinesen war klar: Selbst die früher so grundsolide Schweiz hat sich in eine Schuldenspirale verwandelt. Mit der Schweiz ist für China die letzte Bastion des Vertrauens

in der westlichen Welt gefallen. Der Image-Schaden für die schweizerische Bankenszene ist fatal, insbesondere da man dem verbrecherischen Treiben der Bankmanager nicht schon viel früher entgegengetreten ist. Und noch fataler wird es für die Schweiz, dass sie mittlerweile mehr als die Hälfte ihrer Goldreserven (man spricht von Verkäufen von 1.200 Tonnen seit dem Jahr 2000) verkauft hat. Im August 2008 las man in der Presse, dass sogar darüber nachgedacht wird, auch noch den restlichen Goldbestand von etwa 1.000 Tonnen zu verkaufen. Ein wahrer Schilfbürgerstreich, wenn er realisiert würde.

Während die schweizerischen Politiker ihrem Volk einzureden versuchen, dass Gold unproduktiv sei, keine Zinsen bringe und man es daher verkaufen müsse, treten die Chinesen weltweit als massive Käufer von Gold auf. China nutzte heute die Gunst der Stunde und deckt sich weltweit mit Gold ein, da es weiß, das nahezu jede Währung der westlichen Welt, auch der schweizerische Franken, Fiat-Geld ist. China hat in den letzten Jahren nicht nur seine Goldreserven kontinuierlich und überlegt aufgestockt, es ist heute der größte Gläubiger der USA. Würde man die gesamte Ökonomie der Vereinigten Staaten als AG betrachten, sind die Amerikaner künftig nur noch Minderheitsaktionär ihrer Wirtschaft. Ähnliches ereignet sich in der Schweiz. Im Gegensatz zu vielen schweizerischen Bankmanagern und Politikern beherrschen die Chinesen die Kunst des strategischen Denkens.

Kein Wunder, wenn für die chinesische Presse die Schweiz längst zu den großen Verlierern der Weltwirtschaftskrise zählt. Außer dem schweizerischen Privatbankier Konrad Hummler üben sich die schweizerischen Bankiers in einem tiefen Schweigen. Hummlers Auffassung ist diametral anders als die der Zürcher Großbankiers, da er in diesen ein Kartell sieht, die sich der „Illusion der Risikolosigkeit“ hingegeben haben. Er empfiehlt nicht mehr Regulierungen, da dies nur eine falsche Sicherheit herbeiführen würde, sondern ein Konkursrecht für Banken, damit diese nicht mehr der Illusion der Unfallfreiheit unterliegen.

Die Aussagen des Präsidenten der Schweizerischen Bankiervereinigung Pierre Mirabaud können wir getrost vergessen, da er die Krise bereits für überwunden hielt, als sie gerade erst begann. Auch verwundert es kaum, dass Mirabaud ein leidenschaftlicher Verfechter des Bankgeheimnisses ist und deutschen Kritiker des Systems im Rahmen seiner Entgleisungen sogar Gestapo-Methoden vorwirft. Viele Bankmanager in der Schweiz fallen nicht durch eine übertriebene Intelligenz in ihren Reden auf, als vielmehr wegen der ausgesuchten Qualität ihrer englischen Stoffe. Wohl deshalb leugnen sie, dass der Finanzplatz Schweiz krank und sein internationaler Ruf beschädigt ist.

Das Schweigen der Lämmer

Die schweigenden Hütchenspieler von der Bahnhofstraße während der aktuellen Krise sind ein deutliches Warnsignal dafür, dass es viel schlimmer um den Alpenstaat steht, als viele annehmen. Ähnlich wie Island hat sich das Land durch die Aktivitäten der UBS und anderer Finanz-Player zu einem riesigen Hedgefonds entwickelt. Der relativ unbekannteste Rohstoffkonzern Glencore, 2007 mit einem Rekordumsatz von 142.3 Milliarden USD das umsatzstärkste schweizerische Unternehmen, hat im Jahr 2008 möglicherweise riesige Summen verzockt, wie die Kursentwicklung der fünfjährigen Credit Default Swaps (CDS) des Unternehmens vermuten lässt. Sollte die Zahl der unternehmerischen Schieflagen in der Schweiz in den nächsten Monaten massiv ansteigen, könnte das Land in Bälde aus seinem Dornröschenschlaf erwachen. Ein Indikator hierfür ist auch die Deflationierung der Rentenanlagen der schweizerischen Pensionskassen. Seit Beginn der Finanzkrise dürften viel Kassen etwa 15 bis 20 % der Vorsorgefranken verzockt haben. Die Verluste der Kassen, die noch Anfang des Jahres 2008 rund 600 Milliarden Schweizer Franken Vorsorgegelder verwalteten, dürften mittlerweile mehr als 100 Milliarden CHF ausmachen.

Die Lage dürfte wesentlich ernster sein, als man es dem schweizerischen Volk weismachen will. Es ist kaum anzunehmen, dass zukünftig noch jeder siebte Franken in der Schweiz von der Finanzindustrie erwirtschaftet wird. Zu nachhaltig ist der Vertrauensverlust, den nicht nur die UBS erwirtschaftet hat. Die Folgeschäden der Finanzkrise wird jeder einzelne schweizerische Steuerzahler ausbaden müssen. In der nächsten Epoche der Globalisierung wird es für die Schweiz viel schwieriger werden, ihre Interessen zu verteidigen. In dieser wird die Marktmacht globaler Unternehmen schrumpfen und die politische Macht großer Staaten und Staatengemeinschaften weiter zunehmen. Deshalb kommt es für die Eidgenossen darauf an, das Klumpenrisiko der Finanzdienstleister abzubauen und auf eine neue Phase der Industrialisierung zu setzen. Nur der Mittelstand wird die Schweiz aus der Krise führen.

Das Schweizer Modell, wie wir es in den letzten Jahren kannten, ist am Ende. Die UBS wollte mit den Global Playern mithalten und hat dadurch fast alles verloren. Die Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Großbanken UBS und Credit Suisse zu groß für die Schweiz wurden. Ein Konkurs beider Institute würde das Alpen-Disneyland sofort in den Staatsbankrott führen. Die Bilanz der UBS (2 Billionen CHF) und der Credit Suisse (1,2 Billionen CHF) machen zusammen 3.2 Billionen CHF aus. Da bei beiden Instituten mit einem Ausfall von mindestens 25 % dieser Summen zu rechnen ist, wird die Eidgenossenschaft im Ernstfall etwa das 1,5-Fache des Volkseinkommens (510 Milliarden CHF im Jahr 2007) an Verlusten zu schultern haben. Dies zeigt, dass beide Institute zu groß für die

Schweiz geworden sind, um das Problem bewältigen zu können. Schon musste die Schweiz bei der Europäischen Zentralbank (EZB) vorführen, ob diese helfen würde, falls die eigene Kraft nicht mehr ausreicht, die Probleme der Grossbanken zu schultern.

Dipl.-Ing. Artur P. Schmidt studierte Luft- und Raumfahrttechnik in Stuttgart und Berlin. Für die Promotion entwickelte er ein kybernetisches Marktanalyse-Verfahren am Beispiel der Strategischen Planung von Airbus Industries. Nach einer Beratungstätigkeit bei Anderson Consulting sowie als Leiter der Strategischen Analyse der Ruhrgas AG war Dr. Schmidt Stipendiant der Stiftung zur Förderung der systemorientierten Managementlehre und Schüler von Prof. Hans Ulrich, dem Begründer des St. Galler Management-Ansatzes. Während dieser Zeit begann Dr. Schmidt seine publizistische Laufbahn, aus denen Bücher wie „Endo-Management“ und „Der Wissensnavigator“ sowie Wirtschaftsbücher wie „Wohlstand_fuer_alle.com“ oder „Crashonomics“ hervorgingen. Heute entwickelt der Wirtschaftskybernetiker Lenkungs-Cockpits und ist Herausgeber des Online-News-Portals www.wissensnavigator.com sowie von Finanzportalen wie www.bankingcockpit.com und www.wallstreetcockpit.com.

Literatur



Teil 4:  Raubritter, Blindflieger und Verbrecher

Subtexte

Literatur

Literatur

1. Anders, Christian: Der wahre Bankenschwindel. Baden Baden 2002.
2. Baien, Miura: Kagen – Vom Ursprung des Wertes. Düsseldorf 2001
3. Batra, R.: Greenspan's Fraud. New York 2005.
4. Bookstaber, R.: A Demon of our own Design. New York 2007.
5. Canterbury, E. Ray: Alan Greenspan. Singapur 2005.
6. Chernow, R.: The Death of the Banker. New York 1997.
7. David, Th./Etemad, B./Schaufelbuehl, J. M.: Schwarze Geschäfte. Zürich 2005. Erdmann, S.: Banken, Brot und Bomben. Band 2. Fichtenau 2005.
8. Fisher, I.: 100 % - Geld. Kiel 2007.
9. Ferguson, N.: The Cash Nexus. New York 2001.
10. Forrester, V.: Die Diktatur des Profits. München 2002.
11. Fässler, H.: Reise in Schwarz-Weiß: Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei. Zürich 2005
- 12 Galbraith, J. K.: Anatomie der Macht. München 1989.
- 13 Hodgson Brown, E.: Web of Debt. Baton Rouge 2008.
- 14 Jacob, A.-F. (Hrsg.): Bankenmacht und Ethik. Stuttgart 1990.
- 15 James, H.: Die Deutsche Bank im Dritten Reich. München 2003.
- 16 Kaup, A./Schäfer-Band, U. M./Zawilla, P. (Hrsg.): Unregelmäßigkeiten im Kreditgeschäft. Heidelberg 2005.
- 17 Kindleberger, C.P.: World Economic Primacy 1500 – 1990. New York 1996.
- 18 Köhler, Wolfgang: Wall Street Panik. Murnau am Staffelsee 2008.
- 19 Le Goff, J.: Kaufleute und Bankiers im Mittelalter. Berlin 2005.
- 20 Lietaer, B. A.: Das Geld der Zukunft. München 1999.
- 21 Machiavelli, N.: Der Fürst. Frankfurt 2001.
- 22 Möller, A./Schwebler, R.: Schuld durch Schulden. München 1981.
- 23 Ogger, G.: Der Börsenschwindel. München 2001.
- 24 Oppermann, Ch.: Das Banken Hasserbuch. München 2008.

- 25 Oppermann, Ch.: Schwarzbuch Banken. München 2004.
- 26 Pasternak, Ch: Bankenkrisen im asiatischen Raum. Marburg 2001.
- 27 Pohl, M.: Hamburger Bankengeschichte. Mainz 1986.
- 28 Schmidt, A. P.: Crashonomics. Graz 2003.
- 29 Schmidt, A. P.:  [Chinas Super-Bubble](#)
- 30 Schmidt, A. P.:  [Das Phänomen der Millisekundenpleite](#)
- 31 Schmidt, A. P.: Der Wissensnavigator. Stuttgart 1999.
- 32 Schmidt, A. P.: Endo-Management. Bern 1998. ( E-Book)
- 33 Schmidt, A. P.:  [Sich selbst verstärkende Seifenblasen](#)
- 34 Schmidt, A. P.: Wohlstand_fuer_alle.com. München 2001.
- 35 Schumpeter, Joseph A.: Das Wesen des Geldes. Göttingen 1970.
- 36 Simmel, Georg: Philosophie des Geldes. Frankfurt a. M. 1989.
- 37 Sloterdijk, Peter: Eurotaoismus. Frankfurt a. M. 1989.
- 38 Wetter, Ernst: Bankkrisen und Bankkatastrophen der letzten Jahre in der Schweiz. Zürich 1918.
- 39 Winterhoff-Spurk, P.: Unternehmen Babylon. Stuttgart 2008.
- 40 Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. München 1998.
- 41 Zweig, J.: Gier. München 2007.

Telepolis Artikel-URL: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29381/1.html>

Copyright © Heise Zeitschriften Verlag